

Von einem russischen Genossen wird der „Freiheit“ geschrieben:
Die Urlassen der Niederlagen Kosschaks gegenüber den Sowjettruppen sind nicht nur in der Überlegenheit der letzteren gegenüber den Weißgardisten zu suchen, sondern

sind zum großen Teil auf die unhaltbaren inneren Zustände in Ost-Sibirien zurückzuführen. Im Anfang seiner Herrschaft versuchte Koltischak, seinem Regime ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Die Entwicklung zwang ihn jedoch bald, sein Bistier zu lüften und ein System der allerschwärzesten Reaktion aufzurichten. Diese Reaktion hat die sibirischen Arbeiter und Bauern stark aufgerüttelt. Die Strafexpeditionen der Kosaken und die Faust der alten zaristischen Gendarmen und Polizisten, die alle wieder von Koltischak zurückgerufen wurden, haben den sibirischen Bauern die Augen geöffnet. Seit Anfang Januar lobt Sibirien im Feuer der Aufstände.

Schon im Oktober vorigen Jahres lief eine Welle von Bauernaufständen durch Ost- und West-Sibirien, die Gouvernements Altai, Achmolsk, Tomsk, Jenissei und Irkutsk umfassen.

Die Bauern wollten Koltischak keine Abgaben zahlen und widersetzten sich der Mobilisierung für die Kämpfe gegen Sowjet-Russland. Zur Unterdrückung der Aufständischen verordnete Koltischak besondere aus Offizieren und Kosaken formierte Abteilungen. Die meisten Aufstände wurden damals im Oktober niedergedrückt. Sie sind indes nicht spurlos an den Bauern vorübergegangen und haben einen tiefen Eindruck hinterlassen. Die Bauern, entflammt von Haß gegen Koltischak, bildeten Freischärler-Abteilungen, die von Koltischaks Weißgardisten in die Taiga (sibirische Steppe) verdrängt wurden, wo sie sich erst recht zu großen Formationen ausbildeten, besonders durch den Zulauf, den sie dadurch erhielten, daß sich viele der Zwangsmobilisation Koltischaks durch die Flucht entzogen.

Eine große Rolle in der Organisation dieser Freischärler-Abteilungen haben die im Herbst des vorigen Jahres geschlagenen, aber nicht vernichteten Teile der sibirischen roten Armee gespielt. Diese Teile der roten Armee flüchteten damals ebenfalls vor den englisch-französisch-amerikanischen japanischen Truppen in die Taiga. Diese Teile haben nachher die Führung der Freischärler-Abteilungen übernommen. Am schwersten hatte Koltischak mit diesen Abteilungen in Ost-Sibirien sowie im Gebiet des fernen Ostens zu kämpfen. Hierzu kommt noch, daß gerade diese Gebiete die größte strategische und politische Bedeutung besitzen. Die Freischärler hatten sich als Ziel die Bedrohung der Eisenbahnverbindung von Wladiwostok nach dem Ural gestellt. In Ost-Sibirien haben sie dieses Ziel teilweise erreicht. In den Gouvernements Tomsk, Jenissei und Irkutsk wurden die Freischärler-Abteilungen einheitlich zusammengefaßt und zu den Operationen entlang der Eisenbahnlinie verwandt. Es gelang dadurch, eine ununterbrochene Front vor einer Ausdehnung von fast 300 Kilometern zu bilden.

Sich stützend auf die Sympathie der Bauernbevölkerung dieser Gouvernements, gelang es den roten Freischärlern, gegen Anfang Februar, hier eine starke Stoßtruppe zu organisieren. Gegen diese Stoßtruppe ausgeschickte Strafexpeditionen mußten nach schweren Kämpfen unverrichteter Sache zurückkehren und konnten sich nur langsam der Eisenbahnlinie halten. Als Resultat der Bedrohungen der Eisenbahnstrecke sind Entgleisungen hauptsächlich von Transportzügen und Militärzügen zu verzeichnen. In der letzten Zeit hat sich die Lage an dieser Stelle so sehr zugunsten Koltischaks verschlechtert, daß er und die Entente-Generäle sich gezwungen sahen, auf diesem Gebiet große Kräfte zu konzentrieren. Drei Panzerzüge sind ständig mit der Reparatur dieser bedrohten Eisenbahnlinie beschäftigt und geleiten die Militärtransporte über die gefährdete Zone. Hier kämpfen auch ungefähr zwei Divisionen Tschechen. Das Oberkommando Koltischaks war aber bereits bestrebt zu erreichen, daß an dieser sibirischen Front zum Kampfe gegen die roten Freischärler Japaner verwandt werden.

Die Japaner sind aber durch die Unternehmungen der im fernen Osten sowie bei Amursk und dem Küstengebiet kämpfenden roten Freischärler gebunden. Aus diesem Grunde weigern sie sich entschieden, westlich des Baikalsees zu gehen und deuten vielmehr auf die Verbündeten, die Amerikaner und Engländer hin, die sie für die Kämpfe an der bedrohten Eisenbahnlinie als besser verwendbar betrachten.

Jedenfalls ist es eine unumstößliche Tatsache, daß die Freischärlerkämpfe in Sibirien einen derartigen Umfang angenommen haben, daß die Herrschaft Koltischaks bedroht erscheint und es ihm kaum gelingen wird, diese Aufstände durch die ihm noch in Treue verbliebenen

Offiziersverbände und ähnlicher Weißgardisten niederzuknüppeln. Der Niedertage an der Front muß unbedingt auch eine Niederlage im Inneren des Landes folgen.

Gleiches Recht für alle!

Die Reichseinkommensteuer und die Steuerzahler.

War mancher Millionär wird wenig davon erbaut sein, daß nunmehr eine Reichseinkommensteuer durchgeführt und die Steuerfrage für alle Orte Deutschlands gleichgestellt werden sollen. Denn, um das gleich vorwegzunehmen, bei einer Reichseinkommensteuer ist es mit der schönen Tagen der Steuererleichterung in einzelnen Gemeinden vorbei. Nach dem bisherigen Recht war eine schreiende Ungleichheit in der Belastung durch die erste und wichtigste aller Steuern gegeben. Schon die Einzelstaaten wiesen in ihrer Steuererleichterung zahlreiche Unterschiede auf hinsichtlich der Tarife, des Existenzminimums usw. Am schlimmsten aber war es mit den Gemeindezuschlägen bestellt. Ursprünglich in Preußen als Behelfsmittel für die Gemeinden neben den andern Steuern gedacht, sind manche Gemeinden dazu übergegangen und haben das Drei- und Mehrfache der Staatsforderung an Einkommensteuer auferlegt. In anderen Gemeinden aber blieben die Sätze vor dem Kriege und zum Teil auch noch während des Krieges bedeutend niedriger; ja es gab in Preußen einzelne Gemeinden, die überhaupt keinen Zuschlag zu ihrer Einkommensteuer erhoben.

Diese Möglichkeit von Unterschieden in den Einkommensteuereinzugsätzen hat zur Ausbildung der sogenannten Rentnerstädte geführt, in welchen Millionäre und auch manche nicht ganz so schwere Geldleute sich niederließen, weil dort die Steuer gering war. So entzogen diese Rentnerstädte den andern Gemeinden steuerpolitisch das Blut. In den Stadtgemeinden, wo das Nationaleinkommen eigentlich durch Produktion geschaffen wurde, in den Fabrikstädten waren allerwärts sehr hohe Zuschläge. Dort sind die Schulkassen groß, die Armenlasten hoch, kurz, die wirklichen Ausgaben für die breiten Volksschichten nehmen dort einen ganz andern Raum im Stadthaushalt ein wie in den Rentnerstädten. Diese letzteren haben dann einen sehr hohen Lugaufwand gemacht in Altpflichtstraßen, schönen Parkanlagen und sonstiger Stadtverschönerung. In der Friedenszeit konnte man über eine solche Verschwendung noch hinwegsehen; in der Zukunft darf dies nicht mehr sein. Wir müssen dem Volke sowieso große Opfer auferlegen. Es darf kein Pfennig mehr nebenächlich ausgegeben werden. Bleibt die Einkommensteuer in den Händen der Gemeinden, so wie das jetzt der Fall ist, so ist gar keine Garantie gegeben, daß von ihr richtiger Gebrauch gemacht wird. Vor allem wäre auch in der Zukunft die Möglichkeit gegeben, daß die vorhandenen Steuerkräfte in einzelnen Gemeinden, vorab in den Rentnerstädten, nicht genügend ausgenutzt würden. Das widerspricht jedem Gerechtigkeitsgefühl. Gleiches Steuerrecht für alle, auch in der Einkommensteuer! Das müssen besonders die unteren Klassen des Volkes fordern. Das müssen aber auch fordern jene Städte, in denen das Nationaleinkommen größtenteils geschaffen wird, die Fabrikstädte. Sie haben hohe Zuschläge. Das empfindet der Fabrikant genau so wie der Arbeiter. Es spricht doch jeder Vernunft Mann, daß in den Städten, wo das Nationaleinkommen erworben wird, hohe Einkommensteuern sind, dort, wo es verkehrt wird aber niedrige. Und noch unvernünftiger ist es, daß die Zuschläge um so höher sind, je reicher der Stadt ist. Es wird also nach dem jetzigen System auch die Fürsorge für den Bevölkerungszuwachs gewissermaßen mit einer Strafe belegt.

Hier muß Wandel geschaffen werden: allenthalben. Und dazu ist berufen und befähigt das Reich. Auf einseitigstaatlichem Wege wird die Ungleichheit nie ganz beseitigt werden, ganz abgesehen davon, daß die Finanznot: die Reichseinkommensteuer zwingend nötig macht.

Die Leipziger Herbstmesse.

Der erste Tag der Friedensmesse.

Der erste Tag der Friedensmesse ist vorschrittmäßig am Sonntag eröffnet worden. Der Andrang zu den Wapphäusern ist ganz gewaltig. Der Besuch dürfte annähernd denjenigen der beiden vorausgegangenen Messen mit ihren 95—100 000 Einkäufern und Ausstellern erreichen. Bis jetzt beträgt die Zahl der Besucher nach den Anmeldungen rund 75 000. Immerhin dürfte der Entzug der früher gewährten Fahrpreisermäßigung den Besuch ein wenig beeinträchtigen.

fangenen die Verbindung mit der Außenwelt finden konnte. Dieses Gefängnis mußte geöffnet werden. Zu vier Mann gingen wir vor. Der erste Handgranatengang gegen die Tür mißlang. Da krachte aus dem Fenster des Erdgeschosses ein Schuß, wir mußten zurück und blieben — nur drei Mann noch — an die Mauer gedrängt, stehen, um zu horten, ob die Hunde von Wächtern drinnen mit dem Abmorden der Opfer begannen. Wie aus einer anderen Welt tönten leise hinter den Bretterfenstern stehende Frauenstimmen an unser Ohr. Und dann schlugen wir mit Handgranaten und Beilen die Türen ein, rissen die Füllung auseinander, sprangen in das Gefängnis, ein ehemaliges Kloster, hinein, immer mit vorgehaltenen Revolver. Kein Bolschewist war zu sehen, sie waren durch die rückwärtigen Türen geflohen. Aber vor uns öffnete sich die Pforte zu der zum Gefangenenlageret eingerichteten ehemaligen Klosterküche. Geführt von einer jungen Krankenschwester kamen die kranken Gefangenen mit einem Erlösungsschrei. Es war ein Anblick, der den Herzschlag stocken ließ, ein Eindruck, der uns stumm machte, diese von hoffnungslosen Qualen befreiten Menschenfinder. Wie wird aus meiner Erinnerung das Bild der jungen, lieblichen, von ihrer Freude beherrschten Schwester schwinden, die so beruhigend und fast mütterlich ihre unsagbar elenden Pfleglinge heranzuführte in das Licht, der Befreiung entgegen. Und dann gingen wir in die Gefängnisflügel, die Zellen zu öffnen. Auf einen hallenartigen Gang mündeten die ehemaligen Klosterzellen in zwei Stockwerken. Da strömten sie heraus: alte Frauen, junge Mädchen, wankende Greise, wie aus dem Grabe herausgerissen. Erschütternde Szenen spielten

Von den Tausenden von Ausstellern, die sich in den letzten Wochen um Nachweis von Räumlichkeiten an das Messtamt gewandt haben, scheint der größte Teil doch noch Unterkunft gefunden zu haben. Insgesamt beläuft sich die Zahl der beim Messtamt angemeldeten Ausstellern auf rund 9500 gegen 8325 der letzten Messe. Unter den Ausstellern befinden sich diesmal weit mehr Ausländer als sonst, nämlich 315 gegen 212 zur letzten Frühjahrsmesse. Die Industrie der tschechoslowakischen Republik, insbesondere Tschechien, wiegt mit 150 Firmen wieder vor. An sie reiht sich Deutsch-Österreich mit 115 Firmen. Die Schweiz hat 30 Aussteller entsandt gegen 11 zur letzten Messe. Mit einzelnen Ausstellern sind auch Belgien, Italien, England und die Vereinigten Staaten von Amerika vertreten.

Die große Heerschau der deutschen Industrie zeigt, daß wir aus der Periode der Ersatzmittel erfreulicherweise langsam zu besseren Materialverhältnissen kommen. Allerdings ist die Leistungsfähigkeit der Industrie durch den immer noch herrschenden Rohstoffmangel und durch den Kohlenmangel, weniger durch Arbeiter- und Lohnschwierigkeiten, beeinträchtigt. Der Kohlenmangel behindert schwer die für unsere Ausfuhr so wichtigen Industrien der Keramik und des Glases. Die Entwertung der Mark auf den ausländischen Märkten macht sich in dem starken Aufstreben ausländischer Käufer, auch solcher aus den Entente-Ländern geltend, so daß auf eine günstige Wirkung der Herbstmesse und damit bis zu einem gewissen Grade auf den Export und die deutsche Währung geschlossen werden darf.

Am Vorabend der Eröffnung der Leipziger Herbstmesse 1919 fand eine Sitzung des Ausschusses der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Herbstmesse e. V. statt. Zunächst wurde beschlossen, den Ausbau der Internationalisierung der Messe zu fördern. Die Messe müsse ein Zentralmarkt des Handels mit allen Teilen Europas und der Welt werden. Vor allem müßten mehr ausländische Aussteller als bisher zur Messe herangezogen werden. Die Leipziger Messe soll nicht nur einen Ueberblick über die inländischen, sondern auch über die ausländischen Erzeugnisse bieten. Die deutsche Industrie wird den Wettbewerb erfolgreich bestehen können und aus der erweiterten Heranziehung ausländischer Erzeugnisse Anregung zu neuem Schaffen ziehen.

Ein weiterer einstimmig gefaßter Beschluß des Ausschusses geht dahin, eine Zweiteilung der Messe zu beantragen. In der Folge soll die Technische Messe und die Musterausstellung einer Reihe verwandter Industrien in der dritten Meschwöche stattfinden. Die erste Woche soll sogenannten alten Mesindustrien vorbehalten bleiben.

Die Heimkehr der Gefangenen.

Die vorbereitenden Anordnungen.

Während die unklar gefaßte Note der Alliierten über die Vordatierung des Militärtransportes unierer Gefangenen keine sofortige Heimsendung erhoffen ließ, scheint die Entente doch erfreulicherweise die vorbereitenden Anordnungen bereits zu treffen. Wie den „Basler Nachrichten“ aus Mailand berichtet wird, ließ die italienische Regierung durch ihre Abordnung der Friedenskonferenz mitteilen, daß Italien als erste Macht die feindlichen Kriegsgefangenen sofort heimsenden will, ohne die formelle Ratifizierung des Friedensvertrages mit Österreich abzuwarten. Dieser menschenfreundliche Beschluß hat die übrigen alliierten Mächte veranlaßt, in gleichem Sinne vorzugehen. So meldet das „Reuterische Bureau“: Es sind Anordnungen zur Heimbeibringung der auf französischem Boden in englischer Hand befindlichen deutschen Gefangenen getroffen worden. Die Heimsendung der Kriegsgefangenen aus Großbritannien hängt von dem Seetransport ab, den Deutschland nach dem Friedensvertrag zu stellen gezwungen ist. Sobald Deutschland genügend Schiffe zur Verfügung stellt, kann der Abtransport beginnen. Nach der Pariser Ausgabe des „Newport Herald“ sollen Amerika und England beschloßen haben, im Laufe der übernächsten Woche täglich zehntausend deutsche Kriegsgefangene abzutransportieren. Augenblicklich befinden sich 48 000 deutsche Kriegsgefangene unter amerikanischer Bewachung.

Die französische Regierung allerdings scheint sich noch immer nicht zu einer Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen entschließen zu können. So meldet der „Newport Herald“ wörtlich: „Die französische

sich ab, Nervenzusammenbrüche fürchterlicher Art. Ein Taumel hatte die Menschen erfaßt, der nur zu erklären ist, wenn man weiß, was es heißt: drei Monate und mehr in den Händen der Bolschewisten zu schmachten, nur weil man Pastor oder ablig ist oder Bourgeois (Bürger) überhaupt. Kornett M., der mit das Gefängnis aufgebrochen hatte, versuchte, beruhigende Worte zu sprechen; ich stand stumm in einer Ecke, Tränen in den Augen. Blitzartig zog der Vormarsch an mir vorüber. Das war es, für das wir mit ungeheurer Energie den letzten Hauch aus Mann und Kopf herausgepeitscht hatten, daß sie es fast zu übermenschlichen Kräften bringen konnten, für diesen Augenblick. — Wie sich die Wogen der Erregung gelegt hatten, klang plötzlich aus der sich umhüllenden Menge heraus, zurückhaltend erst, dann immer lauter das Lied: „Lobe den Herren“, und in den Zellen, die noch nicht geöffnet waren, pflanzte es sich fort. Mir war es, als ob mächtiger Fugengelang das Gefängnis durchbraute, als ob ein gewaltiges Orchester, von Meisterhand geleitet, das Höchste gab. Wie ein einziges Orgelbrausen, das aus dieser elenden Welt sich erhebt, so klang dieses „Lobe den Herrn“ in meiner Seele. Gott segt doch! Auch über die blöde Vertriebenheit des Bolschewisten-Menschen!

Armes Deutschland! Wann wirst du die Kraft finden „Lobe den Herren“ zu singen, wenn dein Retter dich erlöst aus deiner tiefsten Schmach?

Walter Eberhard von Medem,

Hauptmann bei der baltischen Landeswehr.

Riga.

Riga, Himmelfahrt 1919.

(Aus der Rigaschen Zeitung.) (Schluß.)

Ein Schrei aus Hunderten von Menschenkehlen erschallte; an allen Gitterstäben des Gefängnisses rüttelten Menschen, schrien wie im Wahnsinn vor Freude, daß das Unglaubliche geschehen war. Die Rettung! Wir schoben ein Geschütz nach vorn, zwei Maschinengewehre nach hinten. Aber wir waren hier im Häusermeer von Riga ohne Verbindung mit unseren Kameraden an der Brücke. So standen wir zwei Stunden und konnten nicht vor und nicht zurück. An die kleinen Fenster des vierstöckigen Gefängnisses preßten sich die Gesichter der Gefangenen; sie schrien und weinten, es war ein obenbetäubender Lärm. Frauen kamen, trotz der Kugeln, die durch die Straßen piffen, zu uns: „Mein Mann sitzt im Gefängnis. Retten Sie ihn!“ Herzzerreißende Szenen spielten sich ab. Für uns hieß es: kaltes Blut und ruhige Nerven behalten; denn was konnte der nächste Augenblick bringen? Das Gefängnis zu öffnen, dazu hatten wir zu wenig Leute. Wir hatten ja die Infanterie an den Fenstern vor uns, ihnen konnte nichts geschehen.

Hundert Schritte davon lag ein anderes Gefängnis, in dem die Geiseln, meistens Frauen und junge Mädchen, schmachteten. Hier waren sogar die Fenster von außen mit Brettern vernagelt, damit nicht einmal das Auge der Ge-

ellern, die sich
von Mäulchkeiten
nein der größte
haben. Inge-
Meist am gemei-
0 gegen 8325 der
befinden sich dies-
nämlich 315
Die Industrie der
andere Deutsch-
der vor. In sie
15 Firmen die
nd auch Belgien,
Staaten von Ame-
n Industrie zeigt
mittel erfreulicher
verhältnissen kom-
fähigkeit der
verfügbaren Mög-
gel, weniger durch
beinträchtigt. De-
für unsere Aus-
keramit und des
art auf den aus-
stärkten Aufstiege
in die Entente-
Wirkung der
weissen Grabe auf
g geschlossen wer-
Leipziger Herbst-
schiffes der Be-
iger Mustermesse
sen, den Ausbau
zu fördern. Die
handels mit allen
den Vor allem
r als bisher zur
pziger Messe soll
inländischen, son-
zeugnisse bieten.
erwerb erfolg-
weiteren Heran-
regung zu neuem
Beschlag des Aus-
lung der Messe
die Technische
ung einer Reihe
Mehrwachse sta-
anten alten Mes-
efangenen.
nungen.
ote der Alliierten
ortes unserer Ge-
ng erhoffen ließ,
weise die vorber-
treffen. Wie den
erichtet wird, ließ
ihre Abordnung
Stalten als er-
nen sofort heim-
ierung des Frie-
orten. Dieser men-
rigen alliierten
e vorzugehen. So
sind Anordnun-
anzblichem Boden
eutschen Gefange-
ung der Kriegs-
hängt von dem
ch dem Friedens-
Sobald Deutsch-
stellt, kann der
rifer Ausgabe des
England beschlos-
ten Woche täglich
abtransportiert
0 deutsche Kriegs-
schung.
allerdings scheint
endung der deut-
können. So mel-
Die französische
barster Art. Ein
ur zu erklären ist,
onate und mehr in
ten, nur weil man
Bürger) überhaupt
aufgebrochen hat,
; ich stand stumm
Blickartig zog der
s, für das wir mit
us Mann und Fuß
zu übermenschlichen
Augenblick. — Wie
ten, Klang plötzlich
ge heraus, zurück-
Lied: „Lobe den
cht geöffnet waren,
o mächtigen Juge-
ob ein gewaltiges
Hörsche gab. Wie
eser elenden Welt
Herrn“ in meiner
blöde Bertriertheit
die Kraft finden
n Retter dich erlöst
Nedem,
andeswehr.

Regierung will die unter ihrer Bewachung befindlichen Gefangenen zurück behalten, bis der Friedensvertrag ratifiziert ist.
Die Auslieferung unserer Gefangenen beschränkt sich vorläufig auf den Abtransport der in erster Reihe heimzubefördernden kranken Krieger, von denen bekanntlich eine größere Zahl bereits abtransportiert ist. Der deutsche Delegierte für die Heimbeförderung der Gefangenen, Major Drautt, hat die interalliierte Kommission gebeten, zu ihren Verhandlungen zugezogen zu werden oder wenigstens Erleichterungen im Verkehr mit der Kommission zu erhalten. Major Drautt hat auf sein Ersuchen bisher, soweit uns bekannt ist, noch keine Antwort erhalten. Es ist zu hoffen, daß der Rückkehr unserer in Gefangenschaft schmachtenden Brüder nicht noch im letzten Augenblick neue Schwierigkeiten bereitet werden.

Die Kohlenlieferungen an die Entente.

Abstufung der Verfallter Verhandlungen.

Die Verhandlungen über die deutsche Kohlenlieferung an die Entente sind in Versailles nunmehr abgeschlossen worden. Aus dem Uebereinkommen haben wir als wichtigste Bestimmung hervor: „Uebersteigt die deutsche Gesamtförderung 108 Millionen Tonnen, so sind von diesem Mehrbetrag bis zu 128 Millionen Tonnen 60 Prozent, darüber hinaus 50 Prozent abzugeben, bis das Höchstmaß erreicht ist. Dieses Höchstmaß ist bekanntlich die ursprünglich geforderte Menge von 40 Millionen Tonnen. Bleibt die Förderung dagegen hinter 108 Millionen Tonnen zurück, so wird die Entente, wie wir bereits kürzlich berichteten, die jeweilige Sachlage prüfen und die abzugebende Summe bestimmen. Diese Grundlage gilt aber nur dann, wenn Deutschland mit den Kohlenlieferungen sofort beginnt.“

Frankreich und die Saar Kohle.

Die schwere Transportkrise, unter der Frankreich leidet, und die die Abhaltung der Ausstellung in Saarbrücken unmöglich machte, legt jetzt die Franzosen außer Stande, die Saarkohlen abzutransportieren. Die französische Besatzungsbehörde hat daher auf den Saargruben den ganzen Landabzug freigegeben, so daß jeder kaufen und abfahren kann, der dazu Lust hat. General Andlauer hat gegenüber den Vergleuten übrigens seine Stellung wesentlich geändert. Neuerdings erklärte er, es läge ihm fern, den Arbeiter anzuwerben. Die Vergleuten erhalten wieder ihre Deputationslohn von 120 Rentner für den Haushalt zum Preise von 40 Pf. den Rentner, und ihre Gewerkschaftsbeiträge werden seit dem 1. September um eine Mark erhöht. Bemerkenswert ist auch, daß die Sicherheitsmaßnahmen auf den Gruben nicht französischer Aufsicht unterstellt werden, sondern weiterhin der Oberbergdirektion in Bonn unterstehen werden.

Deutsches Reich.

Der Stellvertreter des preussischen Staatskommissars für Volksernährung, Dr. Peters ist zum Unterstaatssekretär im Reichsernährungsministerium ernannt worden. Ferner ist Professor Dr. Julius Fricke zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium berufen worden.

An den bisherigen ordentlichen Professor an der Straßburger Universität Dr. Martin Spahn ist eine Berufung zur Vizekanzler des neuerrichteten Ordinars für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Köln ergangen.

Derzeitige Entsendung eines Delegierten der interalliierten Kommission nach Petersburg. Das Kopenhagener Blatt „Berlingske Tidende“ gibt eine Meldung des nordisch-schwedischen Blattes „Dybbölsposten“ wieder, wonach der Kommandant des französischen Kreuzers „Marcelline“ gelegentlich eines Festes in Sonderburg erklärt hat, er könne von der internationalen Kommission den Gruß überbringen, daß sie in allerhöchster Zeit, ohne weitere Ratifizierungen des Friedensvertrages abzuwarten, eine Abordnung nach Norddeutschland senden werde, um dort mit der Arbeit zu beginnen. — Wie das B.Z. von zuständiger Seite erfährt, ist beim Auswärtigen Amte soeben eine Note des Herrn Clemenceau eingegangen, wonach eine Entschädigung der alliierten und assoziierten Mächte mitgeteilt wird, schon vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages einen Delegierten der internationalen Kommission nach Petersburg zu senden. Die deutsche Regierung wird dieser Note gegenüber zum Ausdruck bringen, daß ein solches Vorgehen ohne Einverständnis der deutschen Regierung nach dem Friedensvertrage unstatthaft ist.

Die Eisenbahner gegen die Affordarbeit. Eine von vielen Tausenden im Jirkus Busch in Breslau besuchte Versammlung der Eisenbahner hat eine Entschiedenheit angenommen, in der festgestellt wird, daß die maßgebenden Körperschaften die Forderungen der Eisenbahner wohl als berechtigt anerkennen und den festen Willen haben, den Eisenbahnern zu helfen. Die Versammlung hält aber nach wie vor an den Forderungen fest und erwartet, daß die maßgebenden Körperschaften auch ihren Willen in die Tat umsetzen werden. Zur Kohlenversorgung für Hausbrand und Industrie steht die Versammlung auf dem Standpunkt, daß sie die Verantwortung auf sich nehmen kann und will, die entsteht, wenn die Schuld des Zusammenbruchs auf die Eisenbahner fallen würde. Mit dem Bewußtsein, daß das Proletariat in erster Linie die größte Not zu tragen und zu erdulden hätte, hält es die Versammlung für ihre Pflicht, aus aller Kraft die Fertigstellung von Lokomotiven und Wagen zu betreiben, vorausgesetzt, daß die Eisenbahnverwaltung Gewähr dafür leistet, den Bediensteten das Mitbestimmungsrecht einzuräumen und tatsächlich bestrebt ist, alles daran zu setzen, den guten Willen der Bediensteten zu unterstützen. Die Versammlung sprach sich ferner gegen jede Art von Affordarbeit aus und beklagte, daß sie das, was sie früher an Affordarbeit leisten mußte, in Zukunft aus freier Uebergangung und aus Pflichtgefühl tun will zur Gesundung des ganzen Wirtschaftslebens. Diese Entschiedenheit soll der preussischen Landesversammlung und dem Eisenbahnministerium unterbreitet werden.

Vorschläge zum Betriebsrätegesetz. Der Reichsverband der deutschen Industrie, die Vereinigung der

deutschen Arbeitgeberverbände, der Zentralverband des deutschen Großhandels, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes haben der Nationalversammlung eine Denkschrift mit Abänderungsvorschlägen zu dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte überreicht, in der neben Einzelvorschlägen zur Änderung des Gesetzentwurfes vor allen Dingen die Notwendigkeit gemeinschaftlicher Arbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern angesichts der Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung nachdrücklich betont wird. Ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer nach den Vorschlägen des Betriebsrätegesetzentwurfes müsse die Betriebsleitung in der besten Weise fördern und beinträchtigen. Die Eingabe begründet diese Bedenken des Näheren, indem darauf hingewiesen wird, daß der Arbeitgeber frei sein muß in der Auswahl seiner leitenden Mitarbeiter, in der Entscheidung zur Einführung neuer Arbeitsmethoden, weil er und er allein in dem einen wie in dem anderen Falle verantwortlich ist. Ebenso muß das in dem Entwurf den Betriebsräten zugeordnete Recht, in Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen Einfluß zu nehmen, weil dadurch der Kredit des Unternehmens gefährdet werden kann, den schwersten Bedenken begegnen.

Alliierte Kriegsschiffe in deutschen Häfen. Die Alliierte Marinekommission hat kürzlich die Auffassung vertreten, Kriegsschiffe der Alliierten könnten ohne vorherige Anmeldung die deutschen Häfen anlaufen. Die deutsche Regierung hat dieser Auffassung, die in den Waffenstillstandsbedingungen keine Stütze findet und eine empfindliche Einschränkung der deutschen Hoheitsrechte bedeuten würde, widersprochen und gebeten, das Anlaufen deutscher Häfen auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Die wegen des Anlaufens deutscher Häfen zur Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen mit den Alliierten getroffenen Vereinbarungen, nach welchen die mit dieser Aufgabe betrauten Kriegsschiffe 24 Stunden vorher anzumelden sind, dürften allen berechtigten Interessen der Alliierten Rechnung tragen. — Die alliierte Waffenstillstandskommission hat auf den Einspruch der deutschen Marine-Waffenstillstandskommissionen gegen die Fahrt des französischen Kreuzers „Marcelline“ erwidert, daß der Protest zur Kenntnis der französischen Regierung gebracht werden wird. — Damit wird die Angelegenheit auch erledigt sein.

Warenverkauf an Sonn- und Feiertagen. Der Zentrumsabgeordnete Professor Grebe hat in der Preussischen Landesversammlung wegen vielfacher Klagen aus ländlichen Bezirken über das Verbot jeglichen Warenverkaufs an Sonn- und Feiertagen angefragt, ob die Staatsregierung bereit sei, den Behörden die Befugnis zu erteilen, je nach den örtlichen Verhältnissen in Gemeinden, in denen hauptsächlich die Landbevölkerung ihre Einkäufe besorgt, an Sonn- und Feiertagen einige Stunden für den Warenverkauf freizugeben, um keine Kräfte nutzlos der drängenden Erntearbeit zu entziehen.

Der Ludwigshafener Proteststreik. Am Montag vormittag wurde die Arbeit in den meisten Betrieben in Ludwigshafen wieder aufgenommen, da von 17 Verhafteten bereits 16 entlassen worden sind. Eine aus sechs Mann bestehende Arbeiterabordnung begab sich zum Divisionsstabsquartier, wo sie mit großer Höflichkeit behandelt wurde. Die Arbeiter und Angestellten haben den Franzosen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie wieder die Arbeit niederlegen werden, wenn bis mittags der noch Verhaftete nicht freigelassen ist. Im übrigen hat sich das Straßenbild insofern geändert, als die französischen Truppen in die Quartiere zurückgenommen wurden. Der erste französische Kontrollposten, Major Mennerich, hat die Zurückziehung aller Militärposten von den öffentlichen Gebäuden angeordnet. Die Soldaten wurden angewiesen, sich möglichst wenig auf den Straßen zu zeigen. Die militärische Befugnis des Postgebäudes und des Bahnhofes wurde zurückgezogen. Nur die Rheinbrücke nach Mannheim bleibt sehr streng überwacht.

Die Tannenbergsfeier in dem ostpreussischen Städtchen Hohenstein am letzten Sonntag gestaltete sich zu einem machtvollen Bekenntnis zum Deutschtum, wie es schöner und erhebender nicht gedacht werden kann. Die Feier erwies, wie tief sich das Deutschtum im Ostpreussentum, im Erm- und Masurentum verwurzelt hatte. Generalfeldmarschall v. Hindenburg, den man zu dem Feste erwartet hatte, hatte in letzter Stunde abgesetzt, auch Erzherzog v. Schoth, der während der Tannenbergschlacht Kommandierender des 20. Armeekorps war, mußte, durch Krankheit verhindert, der Feier fern bleiben. In einem Telegramm entbot der Feldmarschall seinen ostpreussischen Landesleuten und insbesondere seinen einstigen lieben treuen Kampfgenossen aus vergangener Zeit herzlichste Grüße. Er wisse, sie würden es nie vergessen, daß sie Preußen sind, und sie würden auch wissen, wie sie sich bei der Abkündigung zu verhalten haben. Die Hauptreden, in der die Truppenabteilungen und besonders die zahlreich erschienenen Kämpfer der Tannenbergschlacht begrüßt wurden, wurden von Erzherzog Albrecht, dem jetzigen Kommandierenden General des 20. Armeekorps, gehalten. Außerdem sprachen auf den drei weit auseinandergezogenen Kanzeln zu großen Menschenmassen der Zentrumsabgeordnete von Allenstein, Dr. Fleischer, M. d. R., Militär-Oberpfarrer, Geheimrat Konfistorialrat Dr. Wiehe und der neue Oberpräsident für Ostpreußen, Winnig. Gedrängt stehen die Menschenmassen um die hochgebauten, mit Grün umwundenen Rednerkanzeln. Von Tannenberg und Tannenbergs Bedeutung sprachen die Redner. Sie gaben alle drei andere Wege, aber sie kamen zum gleichen Ziel, zum deutschen Vaterlande, dem die Heldenkämpfer von 1914, die auf diesen Feldern starben, bluteten, siegten, dienen wollten und deren Erbe wir antreten — ein Erbe, das wir nach dem Dächterwort erwerben müssen, wenn wir es besitzen wollen. An die Ansprachen schloß sich ein starrer Vorbeimarsch der Truppe vor den Generalen. Die Schlachtteilnehmer führten in Militär-Parastrafwagen zu den Kampfplätzen, an denen sie gefochten haben, und mit schönen Feiern wurden die Ehrenfriedhöfe von Moersken und Troebnitz noch eingeweiht.

Ausweisung der deutschen Arbeitslosen aus Elsaß-Lothringen. Wie der französische Kommissar für Elsaß-Lothringen mitteilt, hat die Verwaltung bisher den stellunglosen Arbeitern Arbeit und Lohn verschafft, ohne Unterschied, ob es Deutsche oder Einzel-

mische sind. Das könne aber nicht bis ins Unendliche fortgehen. Denn es sei nicht zweckmäßig, das französische Staatsbudget mit Ausgaben für Deutsche zu belasten und sie mit Arbeiten zu betrauen, die gerechterweise den elsässischen Arbeitern, die arbeitslos sind, vorbehalten bleiben müssen. Infolgedessen sei beschlossen worden, daß die deutschen Arbeiter, die bis zum 15. September keine Anstellung in Privatbetrieben gefunden und nicht selbst ihre Rückbeförderung beantragt haben, mit ihren Familien ausgewiesen werden. In beiden Fällen haben sie jedoch das Recht, mit Rücksicht auf ihre bedürftige Lage ihre Möbel mitzunehmen nach einem vorher zur Prüfung vorzulegenden Inventarverzeichnis. — Ueber das Gebiet von Mülhausen, Thann und Gebweiler ist infolge der Angriffe gegen die Freiheit der Arbeiter und infolge der Gewalttätigkeiten, mit denen einige der Streikenden vorgingen, der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden.

Keine Hansabundpartei. Entgegen Mitteilungen über die Gründung einer besonderen Hansabundpartei verbreitet die Zeitung des Hansabundes die Mitteilung, daß er bei seiner Arbeit für die Erhaltung selbständiger Erwerbstätiger auf die Unterstützung aller politischen Parteien rechne, die gleich ihm in der Bewirkung der Pläne der gegenwärtigen Regierung den Untergang unseres gesamten Wirtschaftslebens sehen. Die Gründung einer selbständigen Partei, die der Leistung des Hansabundes wiederholt und aus den verschiedenen Teilen des Reiches nahegelegt worden sei, sei bisher nicht berücksichtigt worden, solange zu hoffen sei, daß die bestehenden Parteien bei den kommenden Wahlvorbereitungen die berechtigten Wünsche nach Kandidaten aus Handwerk, Handel und Industrie zu erfüllen bereit seien.

Rundschau im Auslande.

In Wien wird der Brotpreis wieder um 20 Heller erhöht. Der Loth kostet nun für 2 1/2 Pfd. 3 Kronen 40 Heller.

Der republikanische Senator Wood hat einen Protest gegen die Entsendung amerikanischer Truppen nach Chile, die dort Polizeidienste verrichten sollen, eingebracht.

Die Truppen Denikins haben bei Kämpfen um Tambow, südlich Moskau, 13 000 Bolschewisten gefangen genommen.

In der Gegend von Amadia (55 Meilen von Mosul in Mesopotamien) und Samara haben schwere Kämpfe zwischen britischen Truppen und den Kurden stattgefunden.

Oesterreich: Neue Regelung der Anschließfrage.

Der Oberste Rat hat in einer letzten Sitzung in Paris beschlossen, in den Friedensvertrag mit Oesterreich eine neue Klausel einzufügen, nach der Oesterreich sich nicht ohne Einwilligung des Völkerbundes mit Deutschland vereinigen darf. Es darf auch keine vorläufige Handlung ausführen, die seine Selbstständigkeit bedroht. Im Falle eines Konfliktes zwischen Oesterreich und anderen Staaten, womit in erster Linie die neugebildeten Staaten, die heute keine Nachbarn sind, verstanden werden müssen, sind als Schiedsgericht die Großmächte der Alliierten bis zur Gründung des Völkerbundes zuständig. Weiter meldet, daß der Oberste Rat bei Besprechung der Klausel sich noch weiter mit Artikel 60 der neuen deutschen Verfassung beschäftigt, um eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Oesterreich zu verhindern. Es wird eine Note vorbereitet, nach der Deutschland aufgefodert werden soll, den Artikel 60 seiner Verfassung fallen zu lassen, diese Note wird gegenstandslos der Beratung des Obersten Rates sein. — Die Ueberreichung des österreichischen Friedensvertrages soll am Dienstag durch Botschafter Dutasta erfolgen. Die Unterzeichnung soll in St. Germain am 7. September stattfinden.

Holland: Die belgisch-holländischen Grenzfreiheiten.

Die holländische Delegation wird am Dienstag nach Paris zurückkehren, um die Beratungen vor dem Rat der Vierzehn wieder aufzunehmen. Der holländische Minister des Inneren Hymans wird wahrscheinlich auf einen Wink der Pariser Konferenz zurücktreten. Er hat bekanntlich mit Holland die Verhandlungen über die Revision des Vertrages von 1839 unter der von Holland gestellten Bedingung eröffnet, daß von irgendwelchen territorialen Zugeständnissen bezüglich der holländischen Verfassung der Schelde keine Rede sein dürfe. Wenn Hymans jetzt zurücktritt, so würde das zweifellos bedeuten, daß Belgien unter dem Schutz der Entente seine Ansprüche an Holland nachdrücklich geltend machen wird. Es liegt natürlich ganz im Interesse Englands, daß Holland in der Scheldesfrage nachgibt; die Militärkonvention bezug auf den Schutzvertrag, der mit Belgien abzuschließen sein würde, könnte England das Recht geben, wenn es die Interessen Belgiens erfordern sollten, an der flandrischen Küste oder an der Schelde einzugreifen. Es ist sicher, daß die Angelegenheit einen kritischen Punkt erreicht hatte und daß die holländischen Delegierten mit neuen Instruktionen nach Paris zurückgehen, aber wahrscheinlich ihre durchaus feste Haltung weiter befolgen werden.

Vereinigte Staaten: Amerikanische Erkenntnis.

Senator Knox erklärte im Senat, die Vereinigten Staaten sollten es ablehnen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, und sollten einen Sonderfrieden mit Deutschland schließen. Durch seine harten und grausamen Bedingungen lege der Friedensvertrag Deutschland Strafen auf, die die internationalen Gesetze verletzen. Amerika müsse gegenüber Deutschland auf jegliche aus dem Krieg entstandene Entschädigungsansprüche verzichten und dafür sorgen, daß Deutschland statt dessen Kredite erhält. Die amerikanischen Unterthanen deutscher Abstammung seien froh in den Kampf gezogen in der Ueberzeugung, daß es letzten Endes zum Besten ihrer deutschen Blutsverwandten sei (?). Statt dessen seien Friedensbedingungen auferlegt worden, die das deutsche Volk nie erfüllen könne. Deutschland, das unter den Bedingungen dieses Friedens leide, werde ebenso wenig aufhören, einen Plan zu schmieden, um seine frühere hohe Stellung wieder zu erlangen, wie Satan, der in die Tiefe der Hölle gesunken wurde. Ob Deutschland im Völkerbund sei, wenn dieser auslande komme, oder außerhalb des Bundes, deutsche Agenten würden trotzdem im geheimen und im offenen mit den frühesten Verbündeten Deutschlands und mit dem unbefriedigten Japan und Rußland zu ammenwirken. Wenn Deutschland darin Erfolg habe, müsse Europa zugrunde gehen.

Christlicher Sängerbund deutscher Zunge.

In Kassel, der alten hessischen Residenz, tagte am 7. und 8. August d. J. der Gesamtverband des Christlichen Sängerbundes deutscher Zunge, nachdem 1918 am gleichen Orte nur eine Sitzung des Geschäftsausschusses stattgefunden können. Bei der Begrüßung konnte der erste Vor-

stehende Herr Aug. Fric aus Stuttgart feststellen, daß alle Vorstandsmitglieder, die Kriegsdienst getan hatten, obwohl z. T. verwundet gewesen, wohlbehalten zurückkehren durften. Dagegen opferten viele hundert Sänger Leben und Gesundheit dem Vaterlande. Natürlich lag die gesungene Tätigkeit sehr vieler Chöre während der Kriegsjahre darnieder oder ruhte ganz. Nunmehr aber, so dürfte der Vorstehende in seinem Jahresbericht mitteilen, erblüht nach endlich erlangtem Frieden die Sangesfreude von neuem. Die genaue Mitgliederzahl konnte leider nicht angegeben werden. Gemäß der Statistik der Geschäftsstelle des „Sängergruß“ hatte jedoch der Bund am 1. Juli d. J. in 556 Vereinen 15 298 Mitglieder. Die Schweizer Chöre haben sich im Jahre 1914 besonders organisiert; dann sind leider viele Chöre deutscher Zunge in Polen und Elsaß-Lothringen von uns abgetrennt und ferner ist die Verbindung mit einer Reihe von Chören im besetzten Rheinland usw. unterbrochen. So wird unser Bund noch lange kranken an den Folgen des bösen Krieges, aber erfreulich ist es, vermerten zu können, daß in unseren Landen Gottes Volk sich wieder aufmacht, im heiligen Liede Gott zu dienen und das Heil in Jesus Christus im Gesang zu verkündigen.

Infolge vorgerückten Alters glaubte der erste Bundesvorsitzende, Herr Fric, sein während 22 Jahren mit viel Treue verwaltetes Amt in andere Hände legen zu sollen. An seiner Statt wurde einmütig Herr S. Stahl in Oberwehren bei Rassel gewählt, und mit seiner Stellvertretung wurde Herr Johannes Giffen, Düsseldorf, betraut. Die übrigen Bundesämter verblieben in den bisherigen bewährten Händen.

Manches bedeutsame Wort wurde ausgetauscht über die Erweiterung der Bundesarbeit und betreffs der Wiedergewinnung ehemaliger Bundeschöre. Die Arbeit in Gesangs- und Dirigentenkursen soll erneut aufgenommen und die Bestellung eines Bundespflegers erwogen werden.

40 Jahre besteht nunmehr der Christliche Sängerbund d. Z. Gott der Herr hat seinen Dienst oftmals und reichlich gesegnet. Noch stehen viele Chöre, die sonst in gleicher Weise Gottes Werk treiben wie die Bundesvereine, dem Christlichen Sängerbunde fern. Diese Vereine sind herzlich eingeladen, sich dem Bunde anzuschließen, der in schöner Arbeitsgemeinschaft der Vereine aus den verschiedenen Kirchen und Gemeinschaften ein liebliches Bild evangelischer Allianz bietet. Einigkeit macht stark, und das Volk des Herrn soll, einer Gott entfremdeten Welt zum Trost, für einanderstehen und Hand in Hand arbeiten. Infolge der außerordentlichen Kosten für das Bundesorgan „Sängergruß“ und die Kosten des Bundesmüßes diesmal der Jahresbeitrag von 50 Pfg. auf Mk. 1.— für jedes Vereinsmitglied erhöht werden. Dafür erhalten die Mitglieder den monatlich erscheinenden „Sängergruß“ umsonst; ferner jedes Jahr 7 Notenbeilagen (auf 28 Seiten etwa 20—25 Lieder) für gemischten Chor, Männerchor und Frauenchor. — Aber allen, die den geistlichen Gesang lieben und pflegen, sei der Bezug des „Sängergruß“ mit seinen Hausmusik-Beigaben (Lieder mit Klavier- oder Harmonium-Begleitung) empfohlen. Er kostet vom Verlag oder durch die Post bezogen das Jahr M. 2.25 mit Notenbeilagen. Die Geschäftsstelle: Sängerguß, Ges. m. b. H. in Stuttgart versendet auf Wunsch gern Probenummern.

Die nächstjährige Bundesvorstandssitzung soll, so Gott will, in Hamburg stattfinden. Gott der Herr aber halte gnädigst seine Hand fernerhin über den Christlichen Sängerbund deutscher Zunge.

Sozial- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 2. September 1919.

— Zum Kongreß für Innere Mission. Die Vorbereitungen für den Kongreß, der hier vom 21.—25. September tagen wird, sind im Gange und zum Teil abgeschlossen. Die Lokalfrage, die hier bei Veranstaltungen aller Art oft ausgeprochenen Schwierigkeiten begegnet und wegen der vielen mit dem Kongreß verbundenen, oft gleichzeitig tagenden Einzelkonferenzen nicht leicht zu lösen war, wird hoffentlich durch Benützung des Johannis-Gemeindehauses und des Hotel Vereinshaus eine befriedigende Lösung finden. Für die Unterbringung der Gäste, deren Zahl sich noch nicht ab-

sehen läßt, werden neben den Hotels Privatquartiere berücksichtigt werden müssen. Die Wohnungskommission (P. Conrad) nimmt Anerbietungen gastlicher Mitbürger dankbar entgegen. Das Programm liegt abgeschlossen vor. Mit den großzügigen Vorträgen der 3 Hauptveranstaltungen, mit den Darbietungen der 2 öffentlichen Volksversammlungen, stellt es den Teilnehmern viel Gutes in Aussicht, und die für Sondergebiete der Inneren Mission Interessierten werden in den Sonderkonferenzen und dem dem Kongreß angeschlossenen Tagungen vieler Einzelorganisationen der Inneren Mission auf ihre Kosten kommen. Für den Besuch aller Veranstaltungen berechnende Karten sollen zum Preise von 6 Mark, Familienkarten, für 4 Personen gültig, zu 10 Mark ausgegeben werden. Über den Inhalt der Darbietungen des Kongresses werden wir den Lesern demnächst Näheres mitteilen können.

ff. Der gegenwärtige Zuckermangel erregt das Erstaunen vieler Leute. Man will nicht begreifen, daß wir fast gezwungen sind, Zucker aus dem Ausland einzuführen, wo wir doch vor dem Kriege unseren Zuckerbedarf aus eigenen Erzeugnissen decken konnten. Man überieht aber den geradezu verhängnisvollen Mangel an künstlichen Düngemitteln sowie an Arbeitskräften, wodurch ein verminderter Anbau von Zuckerrüben bedingt wurde. Außerdem ist der Ausfall der in den nach dem Friedensvertrag abzutretenden Gebieten, besonders in der Provinz Posen, in ausgedehntem Maße angebauten Zuckerrüben zu beklagen, so daß Deutschland seinen eigenen Bedarf an Zucker bei weitem nicht decken, geschweige denn Zucker ausführen kann. Dazu kommt noch der verminderte Zuckerrübenanbau in Russland. Der greifbare Weltvorrat an Zucker zeigt gegenüber dem letzten Friedensjahr eine Verminderung von 2 500 000 Tonnen. Der Vorrat an Rohrzucker hat sich um 2 175 000 Tonnen vermehrt und der von Rübenzucker um 4 700 000 Tonnen vermindert. Die Rübenzuckerernte des Kontinents belief sich vor dem Kriege auf etwa 8 254 000 Tonnen, von denen große Mengen für Ausfuhr zur Verfügung standen. Jetzt ist der gesamte Betrag auf 3 500 000 Tonnen herabgegangen, so daß von Seiten des Kontinents große Nachfrage zu erwarten ist. Amerika ist der größte Lieferant für den Weltzuckermarkt geworden, wird aber, trotzdem alle seine Maschinen voll in Betrieb sind und die mögliche Produktion 100 000 Tonnen beträgt, wegen großen Inlandbedarfes vor September keine Ausfuhr vornehmen. Ein Herabgehen der Preise kann erst dann erwartet werden, wenn die Weltproduktion an Rüben- und Rohrzucker größeren Umfang annimmt.

Δ Die Entlassung und Abfindung der heimkehrenden Kriegsgefangenen bedeutet eine schwierige Arbeit. Um sie ohne Störung durchzuführen, sind die Bezirkskommandos angewiesen worden, sich mit den Bestimmungen vertraut zu machen. Die Kommandos sind verpflichtet, alle militärischen Gesuche von Leuten, die sich in ihrem Bezirk aufhalten oder an sie wenden, auf jeden Fall anzunehmen und ihre Eingaben in den richtigen Geschäftsgang zu bringen. Nötigenfalls muß die Auskunftsstelle der Heimkehrabteilungen der Generalkommandos in Anspruch genommen werden. Die Reichswehr-Befehlshaber Preußen hat nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Heeresangehörige nicht von einer zur anderen Stelle verwiesen werden dürfen. Es sind auch besondere Richtlinien für die Kriegsgefangenenheimkehr und ein Merkblatt für heimkehrende Kriegsgefangene herausgegeben worden.

— Bethel. Es wird nichts Ungewöhnliches sein, daß jetzt Briefe und Grüße aus dem Ausland einlaufen, die jahrelang unterwegs gewesen sind. So erhielt auch dieser Tage ein hiesiger Herr einen Weihnachtsgruß aus Argentinien, der dort am 18. November 1915 ausgegeben war. Immerhin ist es ein Beweis für die Zuverlässigkeit des Weltpostverkehrs, wenn auch solche geringe Sachen endlich noch das richtige Ziel erreichen.

Volkswirtschaftliches.

— Auch Luxemburg zahlt keinen Goldzoll. Infolge Intervention der Besatzungsbehörden wurde die deutsche Goldzollforderung rückgängig gemacht und die bezüglichen Verhandlungen zwischen Deutschland und Luxemburg werden als praktisch überflüssig erachtet. Die Ausfuhr nach Deutschland wurde dadurch günstig beeinflusst. — Für die luxemburgische Ausfuhr ist das

allerdings recht günstig, aber für den deutschen Staatsschatz ist das sehr ungünstig.

Δ Deutsches Kali für England. Die englischen Blätter melden, daß innerhalb der nächsten 14 Tage 40 000 Tonnen Kalisalz in England erwartet werden, die die britische Regierung von Deutschland gekauft hat, und deren Wert auf einige 100 000 Pfund Sterling geschätzt wird. Wie „Daily Chronicle“ meldet, ist dieses Kali für die britischen Altbauer, unter die es verteilt wird, von hohem Wert, da in England ein sehr großer Mangel an chemischen Düngemitteln besteht.

Δ Berlin, 2. September 1919. (Börse.) Neue Meldungen von Einfluß auf die Markthaltung waren nicht zu verzeichnen; die Kursbewegung kennzeichnete sich indessen als fest und die Geschäftstätigkeit als ziemlich belebt. Die einheimischen Anleihen verzeichneten keine nennenswerten Kursänderungen. Kriegsanleihe war bei 79 1/2 bis 79,20 kaum verändert.

Δ Berlin, 2. September. (Warenmarkt.) Internat. 200—220, Stoppelrübenamen 190—200, Saateisen 36,50, Saatroggen 34, Saatraps 52,50—55, Saatrüben 52,50—55, Saateisen 28—35, Seradella 54—74, Hager, bahnstehend bis 55, Ost-Dezember 50, Viktorien 130—150, kleine Erbsen 120—130, Lupinen 21,25, Flegelstroh 5—5,50, Flegelstroh 4,25—4,60, Maschinenstroh 4,60 bis 5,00, Häckel 16,50—18, Milzheu 12—16, Samenheu 15—18, Altsheu 18—25, Zuckerschnitzel 66—67, Erbsenschnitzel 35, Zorfmelasse 37, Melassefutur 27—30, Zorfmelasse 40.

Letzte Nachrichten.

Bischof Bengler aus Metz hinausgeleitet.

Wie der Pariser „Temps“ aus Metz berichtet hat Bischof Bengler die Stadt verlassen. Er wurde unter militärischer Bedeckung an die preußische Grenze gebracht. Als seinen Nachfolger hat die französische Regierung den bisherigen Generalvikar des Mezer Sprengels Pelt „ausersuchen“.

Die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, erhielt der Ausschuss für die Heimkehr der Kriegsgefangenen vom Roten Kreuz vom Internationalen Komitee in Genf das nachfolgende Telegramm, durch das diese überaus erfreuliche Nachricht der endlichen Heimkehr unserer Kriegsgefangenen eine neuerliche Bestätigung erfährt: „Das Internationale Komitee begrüßt auch als Vertreter der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen. Es erklärt darin den Sieg des humanitären Gedankens, den zu verfestigen das Rote Kreuz stolz sein darf, nach der endlichen Heimkehr seiner hervorragenden Kriegstätigkeit. Möge sich das deutsche Rote Kreuz die Ausführung von Plänen der Friedenszeit mit verjüngter Kraft und unerschütterlichem Idealismus zum Heil der Menschheit widmen.“

Reichspräsident Ebert in Dresden.

Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske trafen, von Darmstadt kommend, in Begleitung des Generalen Radolvi am Montag vormittag in Dresden ein, wo sie von dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten Hoff und den übrigen Ministern empfangen wurden. Während der Reichswehrminister die Kaserneanlagen besichtigte, fand im Ministerialgebäude die offizielle Begrüßung des Reichspräsidenten Ebert durch die sächsischen Regierungsmitglieder statt. Am Dienstag früh fuhren Ebert und Noske nach Leipzig zur Besichtigung der Messe.

Briefkasten.

Arnold T.-r., Soest. Für Ihre Anregungen sind wir herzlich dankbar. In bezug auf Schnelligkeit der Berichterstattung können wir uns leider bis jetzt nicht messen mit den großen Blättern, die hauptsächlich auf den Bahnhöfen angeboten werden. Wir glauben allerdings, wenn unsere Gesinnungsgenossen auch auf der Reise die Presse ihrer Gesinnung verlangten, daß dann mancher Verkäufer veranlaßt würde, rechts stehende oder christliche Tageszeitungen feil zu bieten. Wer der Überzeugung ist, daß das Christentum, als energischste Vertreterin wirklicher Sozialpolitik, für ein Volk der einzige Weg zum Glück ist, sollte auch den Mut haben, diesen Gedanken allenthalben zu vertreten.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraus, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten an Bielefeld, Adolphstr. 141. Auch, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Sendungen an die Geschäftsstelle: Bielefeld, Adolphstr. 141. Bielefeld, Adolphstr. 141.

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Wir empfehlen folgende

zu Geschenken

besonders geeignete Er-

scheinungen von 1919:

Weltgeschichte

von Hans Helmolt. 2 Bände

im Einband. Mit etwa 1000

Illustrationen. 60 farbige

und 40 Schwarz-Weiß-

Illustrationen. 9 Bände,

gebunden. 225 Mark

Geschichte der

Deutschen Lite-

ratur von Prof. Dr. Vogt

und Prof. Dr. Koch.

4 Bände. 180 Textbilder, 32

Farbbilder, 60 Karten, 9

Wandkarten. 9 Bände,

gebunden. 225 Mark

Geographischer Bilder-

atlas von Europa. Von

Dr. W. Gering. 664 Bilder mit

erklärendem Text. Geb. 16 Mark

hierzu der Teuerungszuschlag.

In beziehen durch jede

gute Buchhandlung

oder unmittelbar von der

Verlagshandlung:

Kunstgeschichte

aller Zeiten und Völker von Prof.

Dr. Karl Wernicke. 2. Aufl.

lage im Einband. Mit etwa 2000

Illustrationen und 300 farbigen

und 400 Schwarz-Weiß-

Illustrationen. 6 Bände, geb.

gebunden. 150 Mark

Die Pflanzen-

welt von Prof. Dr. Otto

Warburg. Mit 900

Textbildern und 80 Tafeln. Im

Einband. 5 Bände, geb. 25 Mk.

Wörter, Rechtschreibung, der

deutschen Sprache u. der Fremd-

sprachen. 7100 Wörter und Ver-

weisungen. 9 Auflagen. Teubner

1919. Gebunden. 6,50 Mark

Preisänderungen vorbehalten.

Verlag des Bibliographischen Instituts A. G., Leipzig

Goeben
Dr. Goeben
Plus der Sire
(Lebensbilder)
Stefan Goeben
malt in der Natur
64 Seiten
Preis 1 Mk.
Volkswohl-Verlag Hamburg 5
Altenwallstraße 23

Unsere verehrten Leser

bitten wir, bei ihren Einkäufen nach Mög-

lichkeit die Inserenten des „Aufwärts“ zu

berücksichtigen. Im Vertrauen

der Redaktion.

Volkswohl-Verlag Hamburg 5

Der Christlich-nationale Verein a. V. Sitz Bielefeld
Zweck: Die Förderung der Volkshilfe und Volkserziehung auf christlich-nationalem Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesen Gebiete allerorts gesammelten Gelder sein, um dieselben weiteren arbeitskräftigen Projekten auszuwirken zu können.
Nähere Auskunft erteilt Herr Kautzsch, Agent an der Geschäftsstelle des Vereins in Bielefeld.

Der Eisenacher Bund
für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
raff alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor D. Jaeger in Bethel b. Bielefeld.

Der Deutsche Guttempler-Orden (I. O. G. T.)
verbindet alle Gläubigen auf dem Boden christlicher Brüderliebe, um unser Volk aufzuheben zu können. Er bekämpft den schädlichen Einfluß giftiger Getränke und bezieht sich an allen Versuchungen zur Sünde. Gebt gewinnende Lust auf das Leben.
Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.